

Es gilt das gesprochene Wort!

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

„Eintreten für die Demokratie - Theologisch-friedensethische Perspektiven zu aktuellen gesellschaftlichen und weltpolitischen Herausforderungen“

Vortrag am Mittwoch, 31. Januar 2024, Studentenverbindung AV Alsatia, in Münster

Ich freue mich sehr, hier zu sein und zum breiten Thema „Eintreten für unsere Demokratie“ einige enger gefasste Gedanken zu präsentieren. Eine zentrale Frage lautet, wer unsere Demokratie fördert und wer sie fordert. Das lässt sich in dieser Gegensätzlichkeit nicht beantworten. Letztlich kommt es darauf an, dass alle – jeder und jede Einzelne – beides tun: dass sie unsere Demokratie zum einen fördern und zum anderen fordern. Das aber geht nicht ohne Tugenden, die Teil jener ungeschriebenen Voraussetzungen sind, aus denen heraus unsere Demokratie lebt. In diesem Sinne unternehme ich im Folgenden den Versuch einer Differenzierung.

I.

Nach dem Ende des Kalten Krieges schien allgemein gewiss, was viele schon lange erhofft hatten: die Überwindung einer Bipolarität zweier gegnerischer ideologischer Blöcke, eine zunehmend engere Kooperation in der Europäischen Union, die umfassende Achtung der Menschenrechte und ein globaler Sieg der liberalen Demokratie. Diese damals gespürte Zuversicht ist heute geschwunden. Stattdessen beobachten wir weltweit ein erneutes Erstarken des Autoritären sowie von populistischem und extremistischem Gedankengut. Viele Staaten handeln nicht länger nach dem gesetzten Prinzip, sich auf internationalem Parkett mit wechselseitigem Respekt zu begegnen und zwischenstaatliche Beziehungen mit den Mitteln des Rechts zu gestalten. Vielmehr nutzen Sie alle Mittel der Machtpolitik, verbunden mit dem Ziel, ihre nationalen Interessen ohne Rücksicht auf andere durchzusetzen. An die Stelle der Stärke des Rechts soll das Recht des Stärkeren treten.

So hat der völkerrechtswidrige und als militärische Spezialoperation zur Denazifizierung und Entmilitarisierung semantisch verhüllte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine die europäische Friedensordnung nicht nur erschüttert, sondern in der Tat „zertrümmert“ (Her-

fried Münkler). Offen zu Tage getreten sind die Grenzen internationaler Rechtsdurchsetzung sowie der Machtkonflikt zwischen einer autoritären und einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung.

Als Rechtfertigung dient ein einseitiges, ideologisch gefärbtes Bild der langen Geschichte Russlands und die Wahrnehmung einer sicherheitspolitischen Bedrohung durch die NATO. Hinzu kommen Zerrbilder vom westlichen Werteverfall, die genutzt werden, um den Krieg auch religiös zu legitimieren, so geschehen durch das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill. In geradezu manichäistischer Weise werden diese Zerrbilder radikal auf die Spitze getrieben bis hin zu einer Verklärung des Kriegsgeschehens als Kampf des Lichts gegen die Dunkelheit. Derartige Argumente wollen den Krieg rechtfertigen, aber ebenso ein autoritäres und repressives politisches System stützen, zuletzt wohl auch zum eigenen Selbst- und Bedeutungserhalt. Bei aller ökumenischer Verbundenheit muss dem im Sinne einer Ökumene des Friedens entschieden entgegengetreten werden. Denn der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist absolut zu verurteilen. Er steht im Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen und begründet daher das Recht des angegriffenen Staates auf Selbstverteidigung. Hieraus entspringt zwar weniger die Pflicht, aber doch ein Recht und die Verantwortung anderer Staaten, auch Deutschlands, die Ukraine zu unterstützen. Wo dies zu konkretisieren ist, dort stellen sich mitunter hochkomplexe friedensethische wie gesellschaftspolitische Fragen.

Diesen Fragen müssen wir uns so stellen, dass unmissverständlich sichtbar wird, wie sehr das uns tragende Freiheitsverständnis und die Menschenrechte in unseren Zeiten unter Druck stehen – von außen her durch Autokraten, die selbst vor einem Angriffskrieg nicht zurückschrecken – aber auch von innen her durch populistische Vereinfacher und Feinde der Demokratie

II.

Denn zahlreichen Beobachtern erscheinen viele rechtsstaatliche Demokratien auch innenpolitisch als angreifbar. Es verstärkt sich der Eindruck eines Vertrauensverlustes in demokratische Strukturen und Prozesse. Gegenüber individualistischen Egoisten scheinen Werte und Prinzipien wie Frieden, Demokratie, Solidarität und die Herrschaft des Rechts an Bedeutung zu verlieren.

Die Demokratie ist aber kein bloßes Institutionengefüge, wenngleich sie in vielen Fällen gerade aufgrund ihrer Institutionen in die Kritik gerät. Vertrauen in die Demokratie ist mithin nichts Selbstverständliches. Jedoch können abstrakte Institutionen und große Organisationen nicht bestehen, ohne mit handelnden Personen – mit Gesichtern – verknüpft zu sein. Das menschliche Phänomen Vertrauen ist untrennbar mit anderen Menschen und deren Handlungen verbunden.

Vertrauen in die Demokratie in Deutschland und Europa lebt davon, dass nicht nur auf abstrakte Prozesse und rechtliche Rahmenbedingungen gebaut werden kann. Darüber hinaus bedarf die Demokratie –nach Ernst-Wolfgang Böckenförde – der Einhaltung ungeschriebener Voraussetzungen. So muss beispielsweise der Rechtsstaat, den Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika „Centesimus annus“ (1991) mit der „Grundlage einer richtigen Auffassung vom Menschen“¹ verbindet, von allen Menschen auch ohne staatliches Zutun beachtet werden. Den Begriff des Vertrauens haben die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bereits im Jahr 2019 als zentralen Aspekt in ihrem Gemeinsamen Wort zur Demokratie thematisiert. Wir sprechen darin im Sinne solcher ungeschriebenen Voraussetzung von einer „demokratischen Sittlichkeit“. Im Sinne der katholischen Soziallehre läuft dies auf eine Orientierung am individuellen Wohl jedes und jeder Einzelnen sowie am Gemeinwohl hinaus. Konkreter gesprochen fassen wir darunter insbesondere den Respekt des jeweils anderen, die Anerkennung demokratischer Spielregeln, eine Bereitschaft zum Kompromiss sowie die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen, selbst wenn man anderer Meinung ist. Eine gesunde Demokratie braucht einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die unbedingte Einhaltung dieser und anderer demokratischer Normen. Das gilt im Übrigen sowohl im analogen Bereich als auch digital im Internet und in Sozialen Netzwerken.

III.

Fest steht, dass funktionierende und dauerhaft lebensfähige demokratische Systeme einer breiten Unterstützung aus und in der Mitte der Gesellschaft bedürfen. Dann halten sie in aller Regel auch ideologische Ausfransungen an ihren Rändern aus. Spätestens dann, wenn nicht mehr von der Mitte her gedacht wird, sondern wenn die politischen Ränder den Ausgangspunkt politischer Programmatik bilden, wird aus dem Ideal des Konsenses schnell

¹ Papst Johannes Paul II., Enzyklika Centesimus annus, Nr. 46, in: http://w2.vatican.va/content/john-paul-ii/de/encyclicals/documents/hf_jp-ii_enc_01051991_centesimus-annus.pdf (03.04.2019).

die Gefahr des unversöhnlichen Konfliktes. In diesem Moment schlägt die Stunde der Populisten. Sie propagieren einen vermeintlich einheitlichen Volkswillen und kritisieren gesellschaftlichen Pluralismus als Irrweg. Sie geben einfache Antworten auf komplexe Fragen und versprechen Eindeutigkeit und Sicherheit in einer als unübersichtlich und unsicher erfahrenen Welt. Oft ist damit ein „Rückzug ins Vertraute“ verbunden. Populisten versprechen verunsicherten Menschen den zweifelhaften Schutz des vermeintlich Eindeutigen. Sie blenden Probleme aus und schaffen sich in ihrem persönlichen Nahbereich – sei das analog in ihrem Heimatort oder online in Gruppen Sozialer Netzwerke – eine heile, vertraute Welt. Der Rechtspopulismus lässt sich deshalb auch als Reaktion auf veränderte gesellschaftliche Bedingungen begreifen, die dazu führten, dass die alten Maßstäbe nicht mehr gelten – was für viele gleichbedeutend ist mit einem Klima der Unsicherheit. Neben der Angst vor dem eigenen Abstieg in wirtschaftlicher Hinsicht ist die hier nachgezeichnete kulturelle Entfremdungserfahrung breiter Bevölkerungsschichten ein nicht zu unterschätzender, verbindender Faktor, über den in der rechtspopulistischen Agenda ein ‚neues Wir‘ entstehen soll. Deshalb werden durch bestimmte Narrative politisch abrufbare Vorurteile gegen all jene aufgebaut, die als die vermeintlichen Gewinner der Zeitenwende gelten. Solche „Vereindeutigungsmuster“ gehen in der Regel mit der Konstruktion von Feindbildern einher, die für reale Probleme verantwortlich gemacht werden. Beschuldigungen reichen von Einzelpersonen über soziale Gruppen bis hin zu abstrakten Institutionen. Das gilt insbesondere für Geflüchtete, die zu Gegnern, ja man muss sogar sagen; zu Feinden dieses ‚neuen Wir‘ gemacht werden. Rechtspopulisten verfolgen das Ziel eines starken und souveränen Nationalstaats mit einer möglichst homogenen Bevölkerung und klar bestimmten Grenzen, die Eindeutigkeit versprechen – geografisch, ökonomisch kulturell, religiös und privat. Keine andere gesellschaftliche Gruppe widerspricht diesem politischen Versprechen auf neue nationale Stärke dabei so offensichtlich wie die der Geflüchteten. Sie steht stellvertretend für Mehrdeutigkeit statt Eindeutigkeit, für religiöse und kulturelle Vielfalt statt Einfalt, für grenzüberschreitende Mobilität statt Abschottung und für die Herausforderungen einer globalisierten und vom Klimawandel bedrohten Welt, auf die sich nur gemeinsam und in transnationaler Verantwortung Antworten finden werden lassen, die in Zukunft auch tragen können. Dieses nicht einlösbare Versprechen auf Abgrenzung und Eindeutigkeit macht offenkundig, dass rechtspopulistische politische Angebote diese Herausforderungen schlicht und ergreifend ignorieren und an Lösungen auch gar nicht interessiert sind. Sie setzen vielmehr auf die negative Kraft der Angst: Angst vor gesellschaftlichen Umbrüchen, Angst vor dem wirtschaftlichen Abstieg, Angst vor dem sozialen Bedeutungsverlust, Angst vor

Einwanderung, Angst vor dem Untergang des Abendlandes. Als Kernelemente von Bedrohungsszenarien rechtfertigen sie vermeintliche Schutzmaßnahmen zur Förderung nationaler, regionaler oder gruppenbezogener Interessen.

Hier nähern wir uns nun wieder der Anfangsthese, dass Förderer und Forderer der Demokratie nicht immer zweifelsfrei voneinander unterschieden werden können. Vor allem dann, wenn Demokratinnen und Demokraten auf populistische Parolen bloß durch die (Gegen-)Konstruktion eigener Feindbilder (Die Populisten) reagieren. Dann ist die Gefahr gegeben, die berechnete Anmerkung von Kritikwürdigem zu überhören und das Gegenüber pauschal als Populisten respektive Extremisten zu bezeichnen oder anderswie abzuwerten – und somit gegen die genannte demokratische Sittlichkeit zu verstoßen. Gleichwohl ist es selbstverständlich unsere Pflicht, verfassungsfeindliche Bestrebungen in aller Deutlichkeit zu benennen und gegen sie vorzugehen.

IV.

Anstand und Wahrhaftigkeit sind ebenso wie die demokratischen Tugenden im engeren Sinne – allen voran Respekt vor Andersdenkenden, Aufgeschlossenheit für die Argumente des politischen Gegners, Kompromissorientierung und Geduld – Verhaltensmuster, ohne die die freiheitliche Ordnung nicht existieren kann. Gerade deshalb empfinde ich es als paradox, dass Tugenden im öffentlichen Diskurs in letzter Zeit häufig so dargestellt werden, als würden sie vielmehr Unfreiheit statt Freiheit fördern. Mit dem Philosophen Ernst Bloch lässt sich sagen, dass Menschen „Haltungsbilder“ brauchen, an denen sie sich orientieren können. Diese Haltungsbilder sind nicht mit Vorbildern oder Idolen zu verwechseln, die man einfach passiv nachahmen oder kopieren will. Was Haltungsbilder für das eigene Leben bedeuten, gilt es selbst aktiv in Freiheit zu entdecken. Sie sind „keine Abziehbilder, sondern aufregende Wegweiser dafür, den eigenen Weg in produktiver und konstruktiver Auseinandersetzung mit Modellen des guten Lebens zu finden.“² Tugenden sind solche Haltungsbilder. Sie lassen sich als innere Antriebskräfte beschreiben; als verbindliche Einstellungen zum guten Leben. Die Herausforderung heute besteht darin, universelle Tugenden zu beschreiben, über die wir eine allgemein verbindende, zumindest vage Auffassung dessen gewinnen können, was wir denn als das menschlich Gute verstehen. Ein solches, universelles Verständnis von Tugenden muss den pluralen Lebenswirklichkeiten unserer Zeit Rechnung tragen, darf aber auch nicht als beliebig aufgefasst werden. Es gibt Erfahrungsbereiche, die mehr oder weniger zu jedem

² Dietmar Mieth, Kleine Ethikschule, Freiburg i.Br. ²2004, 102.

menschlichen Leben dazugehören, das heißt in denen jeder Mensch Entscheidungen treffen und sich in irgendeiner Weise verhalten muss. Dabei sind wir als Menschen durchweg mit einer Vielzahl von möglichen Handlungsoptionen konfrontiert, die sich in der Bewertung zum Beispiel als gut oder schlecht charakterisieren lassen. Tugenden, das heißt sich aktiv zu Eigen gemachte Haltungsbilder, befähigen uns dazu, die Bedeutung bestimmter Handlungsoptionen erkennen, bewerten und besser einschätzen zu können.

Sie lassen sich sehr direkt den menschlichen Erfahrungsbereichen zuordnen, was sich am Beispiel der „Kardinaltugenden“ veranschaulichen lässt. Bei Furcht vor großen Schäden, insbesondere vor dem Tod, ist die Tugend der Tapferkeit gefragt – heute würde man vielleicht eher von Zivilcourage sprechen –, beim geistigen Leben die Klugheit, bei der Frage der nach der Verteilung von begrenzten Ressourcen die Gerechtigkeit und bei körperlichen Begierden und den damit verbundenen Freuden die Tugend der Mäßigung. Natürlich bleibt immer strittig, was denn nun wirklich tapfer, klug, gerecht und maßvoll ist. Darüber lohnt es sich zu streiten und es ist auch gut, dass darüber gestritten wird. Hier zeigt sich aber, dass die Erfahrungsbereiche, die die Bezugspunkte für Tugenden bilden, jeweils ein essentieller Teil des Lebens eines jeden Menschen sind, da wir alle in irgendeiner Form immer zu ihnen Stellung nehmen müssen. Sie bilden eine universale Grundlage, die sich als unbeliebig verstehen lässt. Jede Tugend lebt also von der Bereitschaft, in dem jeweiligen Erfahrungsbereich richtig zu entscheiden und zu handeln, worin dies auch bestehen mag. Aber, und das ist der entscheidende Punkt, ein so verstandener Tugendbegriff fördert Freiheit und schränkt sie nicht ein. Tugenden bleiben trotz, oder vielleicht sogar aufgrund ihres universalen Charakters und ihrer sozialen Vermittlung primär eine individuelle Angelegenheit, denn jeder einzelne Mensch muss letztendlich für sich selbst und vor seinem Gewissen entscheiden, wie ‚tugendhaft‘ er in den unterschiedlichen Erfahrungsbereichen seines Lebens handelt und was das für ihn bedeutet.

V.

Tugenden sind keine Gesetze, obgleich natürlich jedes gute Rechtssystem darauf angewiesen ist, dass seine Urheber sich an Tugenden orientieren. Hier deutet sich schon an, dass es keine strikte Trennung zwischen dem Individuellen und dem Sozialen gibt, sondern beide Ebenen vielfach miteinander verschränkt sind. Der politische Philosoph John Rawls beschreibt in diesem Sinne Gerechtigkeit auch als „eine Tugend sozialer Institutionen“³.

³ John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main 1994, 19

Tugenden sind auch keine Normen und sollten auch nicht als solche missverstanden werden. Es wäre ein Fehlschluss, das persönliche Haltungsbild in seiner individuell angeeigneten Form moralisch zu überhöhen und dafür universelle Verbindlichkeit zu beanspruchen. Wie gezeigt, kommt den Tugenden zwar ein universaler Charakter zu, nicht aber in der spezifischen Form ihrer individuellen Aneignung. Was es zum Beispiel konkret heißt, gerecht, maßvoll und nachhaltig zu leben, lässt sich niemals final bestimmen, sondern darf und muss immer Gegenstand der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und Vergewisserung über Gerechtigkeit und das gute Leben sein. Auch davon lebt unsere Demokratie.

Andererseits finde ich es verwerflich, wenn Menschen medial verunglimpft werden und unter Druck geraten, weil sie fest zu ihren Grundsätzen stehen, die freilich den Kriterien für demokratische Sittlichkeit entsprechen sollten. Wenn wir über Tugenden sprechen, dann sprechen wir auch immer über unsere verbindlichen Einstellungen zum guten Leben. Es wird also persönlich, denn es geht dabei um Identitätsfragen. Wie kann ich für mich das rechte Maß finden zwischen unbeweglicher, allzu selbstgewisser Überheblichkeit und einer Haltung, die sich stets nach dem Wind richtet, weil sie – im negativen Sinne des Wortes – selbstlos und ohne festen Standpunkt ist? Hier gilt es, im aufrechten Gang eine gute Mitte auszumachen. Der aufrechte Gang „enthält Selbstachtung, aber nicht Selbstgefälligkeit. Er achtet die Auffassung des anderen, aber er unterdrückt nicht den Widerspruch, auf den der andere ein Recht hat. Er macht den Menschen in diesem Sinne ‚echt‘, dass zwischen seinen Worten und seinen Handlungen kein Widerspruch auftaucht.“⁴

Die Demokratie braucht Menschen, die in diesem tugendethischen Sinne gelernt haben, aufrecht zu gehen. Sie sind in der Lage, die Demokratie in einem guten Sinne zu fördern und zu fordern. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussion!

⁴ Mieth, Ethikschule, 105.